

Werbung



20.12.2025 • 79

Analyse

Raue See beim EU-Gipfel: Osteuropa stemmt sich gegen die Klimapolitik

Der EU-Gipfel in Brüssel war ein weiteres Fiasko. Nach der Vertagung des Mercosur-Abkommens wächst nun der Widerstand der Staaten Osteuropas gegen den geplanten CO₂-Handel im Verkehrs- und Gebäudesektor. Geht es nach ihnen, wird der ETS2 weiter verschoben.



Thomas Kolbe

X @ThomKolbe



Ursula von der Leyen: Der Widerstand gegen den Brüsseler Klimakurs wächst. (IMAGO/dts Nachrichtenagentur)

Was für eine Klatsche für EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundeskanzler Friedrich Merz auf dem EU-Gipfel: Zuerst verweigerte der

Europäische Rat die Gefolgschaft bei der Heranziehung russischer Vermögen für die Ukraine-Hilfe. Dann scheiterte die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens, das seit einem Vierteljahrhundert vor sich hinsieht (*Apollo News* [berichtete](#)).

Um den Reigen der schlechten Nachrichten für den Brüsseler Konsensapparat zu vollenden, lancierten Tschechien, Ungarn und die Slowakei ein Non-Paper, über das die [Welt](#) berichtete. Dieses sieht vor, den ab 2028 geplanten CO₂-Zertifikatehandel im Bereich Verkehr und Gebäude um mindestens zwei weitere Jahre auszusetzen.

Werbung

Nichts will gelingen, nichts läuft rund. Die Wirtschaftskrise und die ausufernden Kosten des klimasozialistischen Umbaus treten langsam ins öffentliche Bewusstsein. Gleichzeitig gewinnt die osteuropäische Opposition um ihre zentrale Figur, den ungarischen Premierminister Viktor Orbán, täglich an Kraft.

Das Emissionshandelssystem ETS2 soll in Zukunft die Bereiche des Verkehrs und der Gebäude einschließen. Kein Lebensbereich bleibt so verschont. Der ETS2 soll ab 2028 Brennstoffe wie Benzin, Diesel, Heizöl und Gas, die in diesen Sektoren zum Einsatz kommen, mit einem CO₂-Preis belegen, um – so die Erzählung Brüssels – klimafreundliches Verhalten zu incentivieren.

Werbung

Sicherheit beginnt mit einem Schritt:
Raus aus der EU.

Die Sicherungsstrategie

Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

Vor allem Privathaushalte, Pendler auf längeren Strecken, Unternehmen und der Mittelstand sowie energieintensive Betriebe, die nicht von Industriestromsubventionen profitieren, werden direkt von den neuen CO₂-Preisen betroffen sein. Im Rahmen des ETS2 steigen die Preise schrittweise: Wer weniger emittiert, kann seine Zertifikate verkaufen; wer mehr verursacht, muss zusätzliche Zertifikate erwerben. Die Kommission versucht dies als marktbasierte Steuerung zur Förderung klimafreundlichen Verhaltens anzupreisen.

In diesem Kontext fällt auch das in Deutschland verankerte Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ins Gewicht, das seit 2021 als nationaler Vorläufer gilt. Sobald ETS2 startet, wird der nationale Preis integriert oder angepasst, um Doppelbelastungen zu vermeiden – immerhin.

LESEN SIE AUCH:



Analyse

Tod durch Bürokratisierung: Der EU-Irrsinn des faktisch weiterbestehenden Verbrenner-Aus

Marie Rahenbrock • 101



Analyse

„European Grids Package“: Jetzt will die EU den Bau von Stromtrassen rücksichtslos durchsetzen

Dr. Christoph Canne • 42

Man muss es so deutlich formulieren: Die Brüsseler Klimapolitik hat sich zu einem Extraktionsmechanismus ausgefranst. Dies dringt nun, wie im Fall der osteuropäischen Staaten, die sich offen in die Opposition begeben haben, ins öffentliche Bewusstsein. Lange verborgen, werden die Kosten der Zentralisierungspolitik und Regulierung nun sichtbar – und mit ihnen wächst der Widerstand angesichts anhaltender Rezession und beschleunigter Deindustrialisierung.

Der ETS2-Handel ist für die fiskalischen Dispositionen der Brüsseler Kommission von fundamentaler Bedeutung. Bis zu 20 Prozent des Aufkommens sollen die Finanzkraft des Zentralkörpers der EU finanziell stärken. Bei einem erwarteten Volumen von etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr könnten also bis zu 20 Milliarden Euro in Brüssel verbleiben. Das ist Verhandlungsmacht pur, ein enormer Machtzuwachs. Deshalb sollten wir nicht davon ausgehen, dass die Kommission bereit ist, substantielle Änderungen an diesen Plänen vorzunehmen – ganz gleich, wie hoch die Wellen der Opposition schlagen. Wir werden vermutlich die eingeübte EU-Camouflage erleben: Man stellt einen Sozialfonds zur Verfügung und schließt damit die Kritiker ruhig.

Dennoch entzündet sich der Widerstand an der immer repressiveren Klimapolitik und formiert sich vor allem in Osteuropa, da gerade in diesen Ländern der Anteil fossiler Brennstoffe im Gebäudesektor besonders hoch ist. Mit seiner Politik droht Brüssel, die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in diesen Gesellschaften massiv zu verschärfen. Hinzu kommt die Überlegung, dass gerade die Staaten, die mit der grundsätzlichen Ausrichtung der klimasozialistischen EU-Politik unzufrieden sind, nun konkrete politische Hebel suchen, um Schritt für Schritt ihren Einfluss in Brüssel geltend zu machen.

Der Tenor der Klimaopposition lautet in etwa so: Ein grüneres Europa benötige auch den Wohlstand seiner Bevölkerung. Bezahlbare Energie und individuelle Mobilität zählten zu den Eckpfeilern einer gerechten Energiewende. Dies ist das Kondensat der kleinen Rebellion, die darauf abzielt, zunächst Zeit zu gewinnen, bevor der CO₂-Preishammer zuschlägt.

Zwei weitere Jahre sollen helfen, das Regelwerk anzupassen: Zum einen soll das Zertifikatevolumen bereits vorher erhöht werden, zum anderen soll eine Marktstabilitätsreserve (MSR) übermäßige Preissteigerungen kompensieren. Darüber hinaus soll bis 2033 die Verlängerung des Stabilisierungsmechanismus umgesetzt werden, um Knappheiten und unkontrollierbare Preisvolatilität zu vermeiden.

Werbung

Ergänzend dazu wird gefordert, und auch dies gehört in den Kontext eingeübter EU-Politik, soziale Klimapläne mit unbürokratischem Zugang zu Kohäsionsmitteln festzulegen, um die Belastungen für Haushalte und Unternehmen abzufedern. Subventionen gegen Zustimmung? Noch immer fehlt es an einer knallharten Opposition gegen den Klimakurs, dem Willen, zur Kenntnis zu nehmen, dass die EU im globalen Kontext mit ihrer Klimapolitik inzwischen isoliert ist.

Tschechien lehnt das ETS2-Zertifikatesystem von Grund auf ab und könnte sich an die Spitze der Opposition stellen, die mit Blick auf die katastrophale wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union schon bald an Zulauf gewinnen dürfte. Heißer Kandidat für eine machtvolle Verstärkung der Opposition ist Italiens Giorgia Meloni,

die mit ihrem Vorstoß der Nationalisierung der Goldreserven in den vergangenen Wochen bereits in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt für erhebliche Irritationen sorgte.

All dies klingt nach einem ersten Auftakt zu einer generellen Revision der Klimapolitik, die tief in die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten hineinreicht und eine Schneise der ökonomischen Zerstörung quer durch die EU-Wirtschaft gezogen hat. Doch noch immer verläuft sich die Kritik der Opposition am Brüsseler Klimakurs in endlosen Forderungen nach Subventionen und dem Versuch, die Folgen dieser Politik mit endlosen Beihilfen abzufedern.

Werbung

Und selbst in den Staaten, die die schärfste Kritik an der Klimapolitik üben, scheint unklar zu sein, welche Konsequenzen es hätte, wenn der Industriestandort Deutschland – das Fundament, in dem das gesamte EU-Schuldengefüge verankert ist – durch diese Politik in die Knie geht.

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(79\) ↓](#)

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € **15 €** **25 €** **50 €** **100 €** [Anderer Betrag \(€\) ▾](#)

[→ Weiter zum Zahlen](#)

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per  Pay  Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

[Beliebig \(€\) ▾](#)

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.